



21.10.2022

Liebe Genossinnen und Genossen,

liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

seit langem konnte ich in dieser Woche endlich wieder eine BPA-Gruppe in Berlin empfangen. Ich habe mich am Mittwoch sehr gefreut, mit der Gruppe persönlich ins Gespräch zu kommen. Ich hoffe, dass allen der Besuch gefallen hat und alle eine schöne Zeit in Berlin hatten!

Am Montag hat Bundeskanzler Olaf Scholz von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch gemacht und entschieden, dass drei Atomkraftwerke bis zum 15.04.2023 weiterlaufen sollen. Gleichzeitig soll ein Energieeffizienzgesetz auf den Weg gebracht werden. Mit diesem Machtwort wurde die



andauernde Hängepartie und Diskussion, um die Verschiebung des Atomausstiegs beendet. **Für uns ist klar: Eine vollständige Rückkehr zur Nutzung von Atomenergie lehnen wir entschieden ab.** Atomkraft hilft uns auch nicht wirklich: Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft BDEW schätzte das Potenzial der Kernkraftwerke, Gaskraftwerke in der Stromproduktion zu ersetzen, auf rund drei TWh, das entspricht 0,6 Prozent des Gesamtverbrauchs im Jahr 2020/2021. Nach den Ergebnissen des zweiten Stresstests spart ein Weiterbetrieb der drei Atomkraftwerke sogar nur ein Promille des deutschen Gasverbrauchs. Atomkraftwerke liefern zwar kontinuierlich Strom, aber binden auch Netzkapazitäten, wodurch Strom aus Erneuerbaren Energien nicht mehr ins Netz eingespeist werden kann und teilweise Anlagen zwangsabgeschaltet werden müssen. Umso mehr Atomkraftwerke laufen, umso geringer können wir die Erzeugung aus Erneuerbaren Energien einspeisen.

Wichtig ist es, die Erneuerbaren Energien auszubauen und die Speicher- und Wasserstoffstrategie umzusetzen – denn nur das macht uns unabhängig von fossilen Energieträgern und russischer Aggression.

In der vergangenen Ausgabe meines Newsletters habe ich über die Vorschläge der Expertenkommission Strom und Gas und deren Vorstellungen einer Strom- und Gasprelsbremse ausführlich informiert. Jetzt gilt es, diese Empfehlungen umzusetzen, unsere eigenen Vorstellungen im parlamentarischen Verfahren einzubringen und dabei auch diejenigen mit im Blick zu halten, die mit Öl oder Pellets heizen. Dafür haben wir diese Woche die finanzielle Grundlage geschaffen: Eine Kreditermächtigung in Höhe von 200 Milliarden Euro, um auf die unvorhergesehenen Ereignisse reagieren zu können.

Damit werden wir jetzt den angekündigten Abwehrschirm aufspannen und alle unterstützen, die Probleme haben, die gestiegenen Preise für Energie leisten zu können. Wir lassen niemanden alleine – Alle können sich darauf verlassen.

Zudem haben wir weitere Punkte aus dem zweiten Entlastungspaket in dieser Woche zum Abschluss gebracht:

- Rentnerinnen und Rentner erhalten ebenfalls die Energiepreispauschale von 300€. Diese wird spätestens zum 15.12. ausgezahlt und gilt für alle, die zum 1.12. Anspruch auf eine Alters-, Erwerbsminderung,- oder Hinterbliebenenrente hat. Die Pauschale wird versteuert, damit diejenigen die weniger haben auch mehr erhalten. Zudem wird die Pauschale nicht angerechnet auf etwaige Sozialleistungen.
- Mit dem zweiten Heizkostenzuschuss erhalten alle Empfängerinnen und Empfänger von Wohngeld eine erneute Unterstützung. Ein Ein-Personen-Haushalt erhält statt bisher 270€ nun 415€ Heizkostenzuschuss. Für einen Zwei-Personen-Haushalt gibt es nun 540€ statt 350€. Für jede weitere Person gibt es noch einmal 100€ oben drauf. Auch Empfängerinnen und Empfänger von BAföG und Ausbildungsbeihilfen erhalten statt bisher 230€ nun 345€.

In dieser Woche haben wir ein Gesetz zur Zukunft der gesetzlichen Krankenversicherung beschlossen. Für das nächste Jahr wird mit einem Defizit von 17 Milliarden Euro gerechnet. Deshalb gibt es hier dringenden Handlungsbedarf. Der Bund wird zusätzliche 2 Milliarden bereitstellen und zusätzlich den Krankenkassen ein Darlehen über eine Milliarde gewähren. Gleichzeitig beteiligen wir die verschiedenen Bereiche des Gesundheitssystems gemeinsam und solidarisch, damit alle ihren Beitrag leisten, um die gesetzliche Krankenversicherung auf dem aktuellen Level zu halten. Für Patientinnen und Patienten haben wir wichtige Verbesserungen in der Terminvergabe vor allem von Fachärztinnen und Fachärzten erreicht: In Zukunft erhalten diese einen finanziellen Bonus, wenn sie dafür sorgen, dass ein Termin innerhalb der ersten 14 Tage zu Stande kommt. Damit sorgen wir dafür, dass lange Wartezeiten auf Termine in Zukunft verringert werden. **Unsere wichtigste Botschaft ist: Es wird keine Leistungskürzungen geben.** Mit diesem Finanzierungsvorschlag werden wir dafür sorgen, dass wir Arbeitsplätze erhalten und die Beitragserhöhungen moderat bleiben. Das alleine wird aber nicht ausreichen. Wir arbeiten an weiteren Strukturreformen unter anderem im Krankenhausbereich, um die nachhaltige Finanzierung, hohe Qualität und gute Versorgung in allen Regionen Deutschlands für die Zukunft zu sichern.

Die jetzigen Proteste in Iran - manche sprechen schon von einer revolutionären Bewegung - begannen als Protest gegen den gewaltsamen Tod der jungen Jina Mahsa Amini, die wegen ihrer "unangemessenen Kleidung" von der Sittenpolizei verhaftet wurde und im Polizeigewahrsam starb. Mittlerweile stellen jedoch viele Menschen in Iran die Systemfrage, prangern jede Form der Diskriminierung an und rufen "nieder mit dem Diktator". Frauen und ihre Rechte spielen bei diesen Protesten die Hauptrolle. Die wunderbare Parole "Frau, Leben, Freiheit" ist zur Quintessenz dieser Proteste geworden. Wir sind



voller Sorge, weil das Regime der islamischen Republik mit aller Härte und Gewalt versucht, die Proteste einzudämmen. Wir stehen an der Seite der mutigen Bevölkerung, die ihrem Wunsch nach Freiheit und Gerechtigkeit Ausdruck verleiht, die verdient unseren größten Respekt. Ich bin froh, dass die Außenministerinnen und Außenminister der EU bereits ein Sanktionspaket mit Einreisesperren und der Einfrierung von Vermögenswerten beschlossen hat, welches schon gestern in Kraft getreten ist. Weitere Maßnahmen befinden sich in der Vorbereitung. Denn der Iran geht nicht nur mit Gewalt gegen friedliche Demonstrationen vor, sondern unterstützt auch Russland im Krieg gegen die Ukraine durch die Lieferung von Drohnen.

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt